

Online-Seminar

**Seminar für Praxisinhaber und deren
Fachpersonal**

Seminarunterlage

**Grundlagen zur Bewertung des
betrieblichen Vermögens nach §§ 199 ff BewG**

Oktober 2018

www.tax-news.de

Grundlagen zur Bewertung des betrieblichen Vermögens nach §§ 199 ff BewG

Diplom-Finanzwirt
Wilfried Mannek
Oberregierungsrat

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Bewertung des Betriebsvermögens

Allgemeines

■ **Wesentliche Aspekte**

- ▶ 2 wesentliche Aspekte:
 - ▶ Die Bemessungsgrundlage (Bewertung)
 - ▶ Der Umfang der Verschonung.

■ **Bewertung**

- ▶ Die steuerliche Unternehmensbewertung richtet sich überwiegend nach dem „vereinfachten Ertragswertverfahren“ (§§ 199 ff BewG).

■ **Verschonung**

- ▶ Regelverschonung (85 % Befreiung)
- ▶ Optionsverschonung (100 % Befreiung)
 - ▶ Behaltensregelungen
 - ▶ Lohnsummenregelung
 - ▶ Verbot von Überentnahmen

Bewertung des Betriebsvermögens

Bewertung

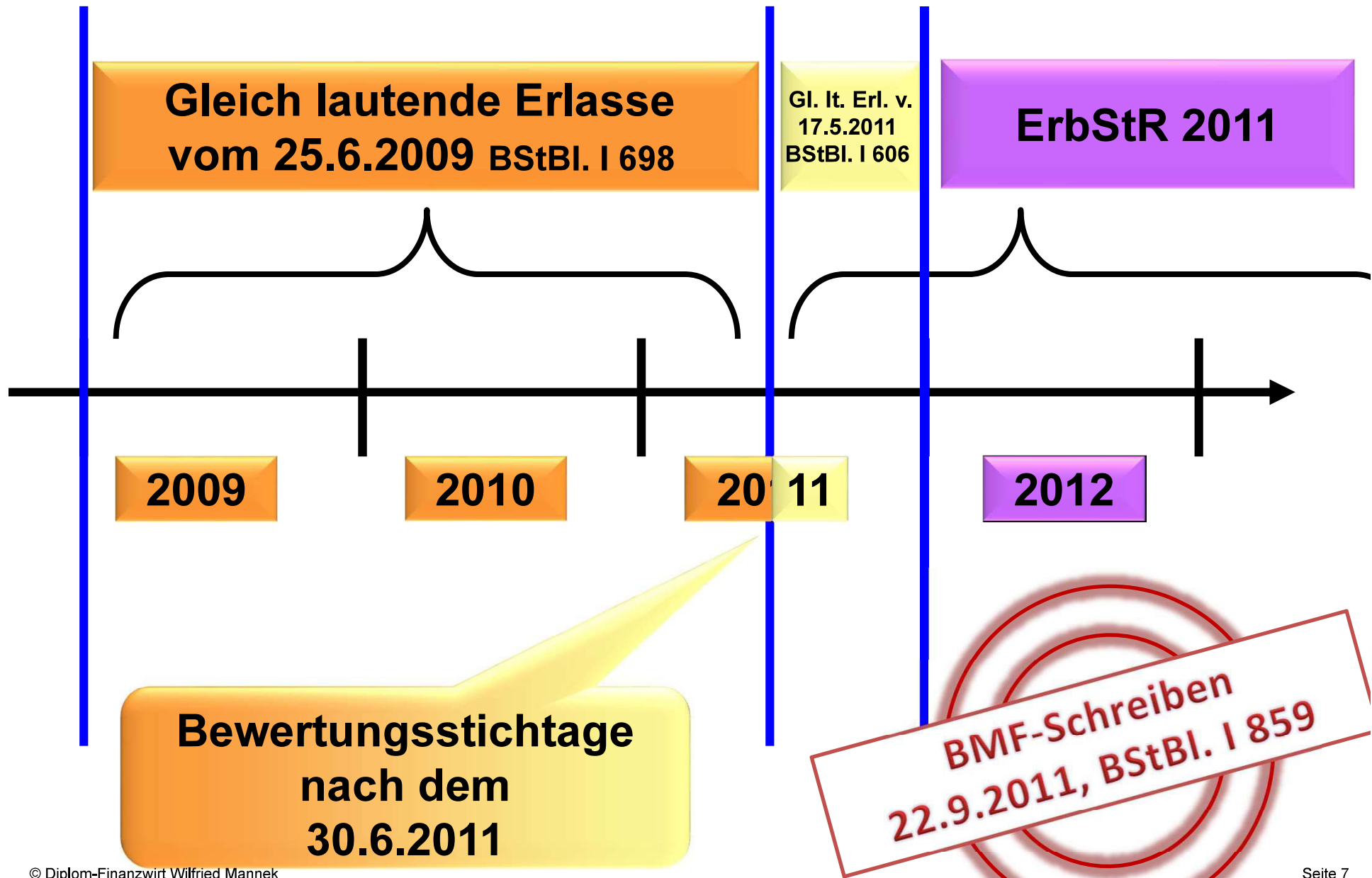
■ Grundsätze

- ▶ Zielgröße bei der Bewertung des Betriebsvermögens ist der gemeine Wert.
- ▶ Der Gesetzgeber bietet dem Steuerzahler in §§ 199 ff BewG ein sog. vereinfachtes Ertragswertverfahren an. Der Steuerzahler kann nicht gezwungen werden, das vereinfachte Ertragswertverfahren anzuwenden. Statt dessen sind individuelle Bewertungen zulässig.
- ▶ Das vereinfachte Ertragswertverfahren kann nur angewandt werden, wenn es nicht zu unzutreffenden Ergebnissen führt (§ 199 BewG).

Rechtsgrundlagen

- ▶ § 11 BewG Wertpapiere und Anteile, hier insbesondere § 11 Abs. 2 BewG, Anteile an Kapitalgesellschaften
- ▶ § 95 BewG Begriff des Betriebsvermögens Gewerbebetrieb, § 15 EStG
- ▶ § 96 BewG Freie Berufe § 18 EStG = § 15 EStG
- ▶ § 97 BewG § 97 Abs. 1 Nr. 5 BewG, Personengesellschaften
- ▶ § 99 BewG Betriebsgrundstücke
- ▶ § 103 BewG Schulden und sonstige Abzüge
- ▶ § 109 BewG Bewertung § 109 BewG, § 11 (2) entsprechend anzuwenden
- ▶ § 199 BewG Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens
- ▶ § 200 BewG Vereinfachtes Ertragswertverfahren
- ▶ § 201 BewG Ermittlung des Jahresertrags
- ▶ § 202 BewG Betriebsergebnis
- ▶ § 203 BewG Kapitalisierungsfaktor

Rechtsgrundlagen



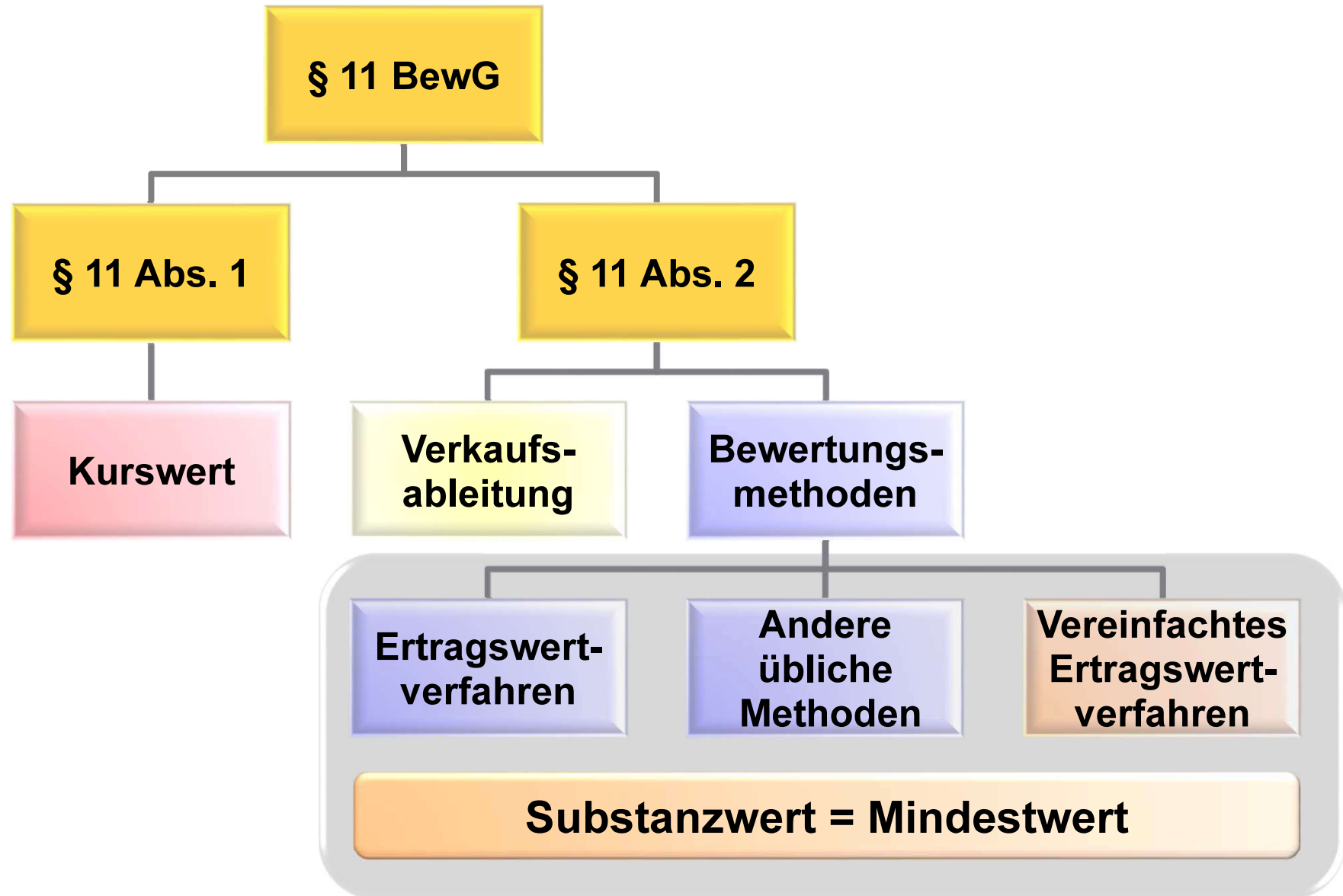
ErbStR 2018

Stand ErbStR 2018/2019

- **Entwurf liegt noch nicht vor**
 - ▶ Arbeitsfassungen sind erstellt
 - ▶ Abstimmung innerhalb der FinVerw läuft
 - ▶ Verbandsanhörung erst nach Vorliegen des BMF-Entwurfs
 - ▶ Veröffentlichung des Entwurfs in 2018 wünschenswert

Bewertungshierarchie

Rechtsgrundlagen



Rechtsgrundlagen

§ 11 Abs. 2 BewG

§ 11 Wertpapiere und Anteile

- (2) ¹Anteile an Kapitalgesellschaften, die nicht unter Absatz 1 fallen, sind mit dem gemeinen Wert anzusetzen. ²Lässt sich der gemeine Wert nicht aus Verkäufen unter fremden Dritten ableiten, die weniger als ein Jahr zurückliegen, so ist er unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten der Kapitalgesellschaft oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke üblichen Methode zu ermitteln; dabei ist die Methode anzuwenden, die ein Erwerber der Bemessung des Kaufpreises zu Grunde legen würde. ³Die Summe der gemeinen Werte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen aktiven Ansätze abzüglich der zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge (Substanzwert) der Gesellschaft darf nicht unterschritten werden; die §§ 99 und 103 sind anzuwenden. ⁴Die §§ 199 bis 203 sind zu berücksichtigen.

Rechtsgrundlagen

§ 11 Abs. 2 BewG

§ 11 Wertpapiere und Anteile

- (2) ¹Anteile an Kapitalgesellschaften, die nicht unter Absatz 1 fallen, sind mit dem gemeinen Wert anzusetzen. ²Lässt sich der gemeine Wert nicht aus **Verkäufen** unter fremden Dritten ableiten, die weniger als ein Jahr zurückliegen, so ist er unter Berücksichtigung der Ertragsaussichten der Kapitalgesellschaft oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke üblichen Methode zu ermitteln; dabei ist die Methode anzuwenden, die ein Erwerber der Bemessung des Kaufpreises zu Grunde legen würde. ³Die Summe der gemeinen Werte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen aktiven Ansätze abzüglich der zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge (Substanzwert) der Gesellschaft darf nicht unterschritten werden; die §§ 99 und 103 sind anzuwenden. ⁴Die §§ 199 bis 203 sind zu berücksichtigen.

Rechtsgrundlagen

§ 11 Abs. 2 BewG

§ 11 Wertpapiere und Anteile

- (2) ¹Anteile an Kapitalgesellschaften, die nicht unter Absatz 1 fallen, sind mit dem gemeinen Wert anzusetzen. ²Lässt sich der gemeine Wert nicht aus Verkäufen unter fremden Dritten ableiten, die weniger als ein Jahr zurückliegen, so ist er unter Berücksichtigung der **Ertragsaussichten** der Kapitalgesellschaft **oder** einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke **üblichen Methode** zu ermitteln; dabei ist die Methode anzuwenden, die ein Erwerber der Bemessung des Kaufpreises zu Grunde legen würde. ³Die Summe der gemeinen Werte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen aktiven Ansätze abzüglich der zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge (Substanzwert) der Gesellschaft darf nicht unterschritten werden; die §§ 99 und 103 sind anzuwenden. ⁴Die **§§ 199 bis 203** sind zu berücksichtigen.

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

$$\begin{array}{c} \text{Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag} \\ \times \\ \text{Kapitalisierungsfaktor} \end{array}$$

■ Eigenständige Wertansätze für

- ▶ Nicht betriebsnotwendiges Vermögen (Netto)
§ 200 Abs. 2 BewG
- ▶ Beteiligungen an Gesellschaften
§ 200 Abs. 3 BewG
- ▶ „Junges Betriebsvermögen“ (Netto)
§ 200 Abs. 4 BewG

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen

R B 200 Abs. 2 ErbStR 2011

- Die Wirtschaftsgüter des nicht betriebsnotwendigen Vermögens und die mit diesen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden sind neben dem Ertragswert mit ihrem gemeinen Wert anzusetzen (§ 200 Absatz 2 BewG).
- Zum nicht betriebsnotwendigen Vermögen gehören diejenigen Wirtschaftsgüter, die sich ohne Beeinträchtigung der eigentlichen Unternehmenstätigkeit aus dem Unternehmen herauslösen lassen, ohne dass die operative Geschäftstätigkeit eingeschränkt wird.
- Dies können - je nach Unternehmenszweck - z.B. Grundstücke, Gebäude, Kunstgegenstände, Beteiligungen, Wertpapiere oder auch Geldbestände sein.
- Auf Grund der Betriebsbezogenheit besteht keine zwingende Deckungsgleichheit mit dem ertragsteuerlich gewillkürten Betriebsvermögen bzw. mit Verwaltungsvermögen im Sinne des § 13b Absatz 2 ErbStG.
- Für die Ermittlung des gemeinen Werts gilt R B 11.3 Absatz 5 bis 8 entsprechend.

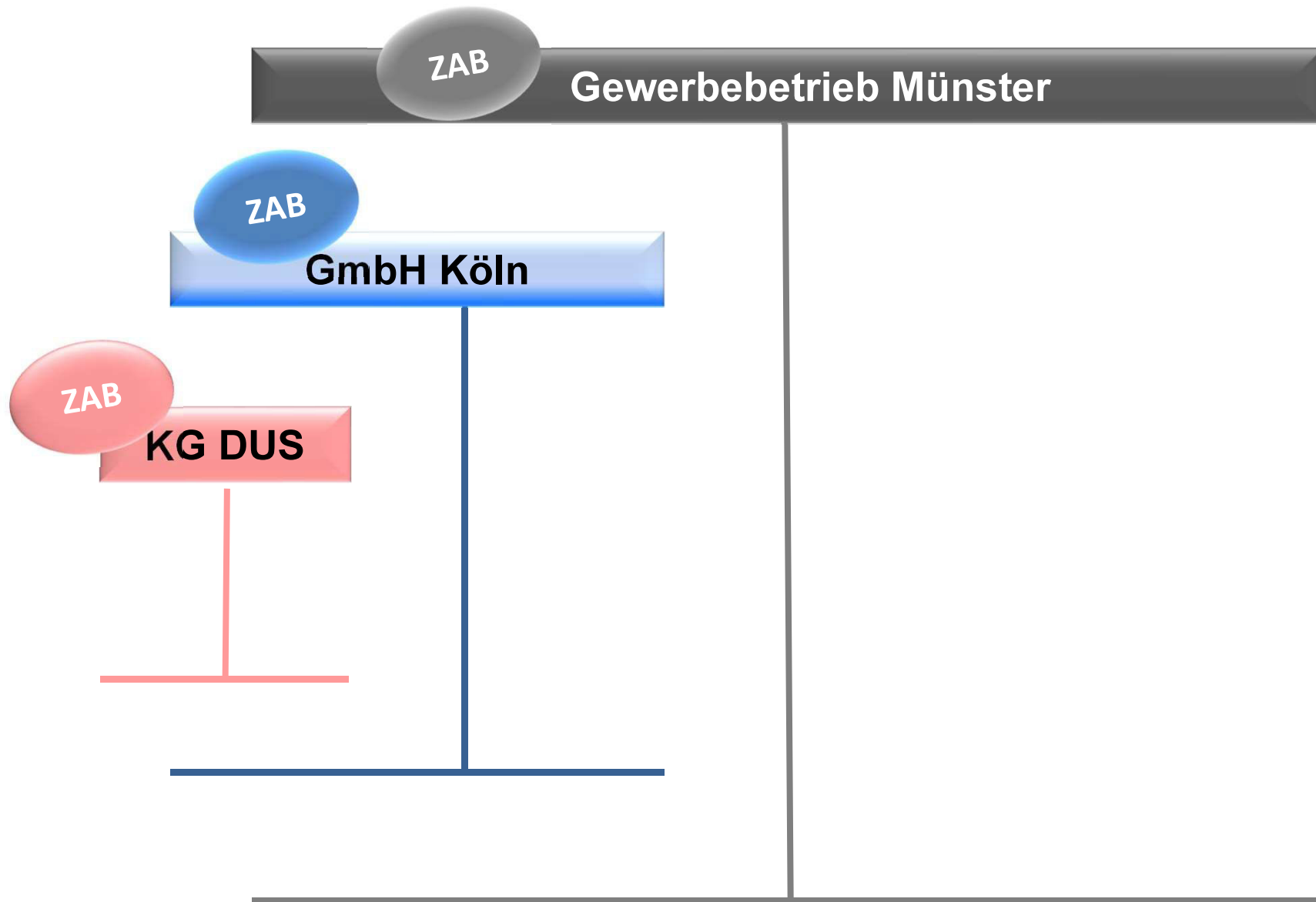
Vereinfachtes Ertragswertverfahren

$$\begin{array}{c} \text{Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag} \\ \times \\ \text{Kapitalisierungsfaktor} \end{array}$$

■ Eigenständige Wertansätze für

- ▶ Nicht betriebsnotwendiges Vermögen (Netto)
§ 200 Abs. 2 BewG
- ▶ Beteiligungen an Gesellschaften
§ 200 Abs. 3 BewG
- ▶ „Junges Betriebsvermögen“ (Netto)
§ 200 Abs. 4 BewG

Beteiligungen an Gesellschaften (1)



Beteiligungen an Gesellschaften (2)

R B 200 Abs. 3 ErbStR 2011

- Sowohl Anteile an einer Kapitalgesellschaft als auch Beteiligungen an einer Personengesellschaft sind nach § 200 Absatz 3 BewG gesondert neben dem Ertragswert mit einem eigenständig zu ermittelnden gemeinen Wert anzusetzen.
- Auf eine Mindestbeteiligungsquote kommt es nicht an.
- Ist für Beteiligungen an einer Personengesellschaft und für Anteile an Kapitalgesellschaften ein Wert nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder 3 BewG festzustellen, sind die auf den Bewertungsstichtag festgestellten Wert anzusetzen.
- Die Basiswertregelung in § 151 Absatz 3 BewG ist hierbei zu beachten.
- Die Wertermittlung bei den einzelnen Feststellungen kann sowohl im vereinfachten Ertragswertverfahren als auch in einem allgemein anerkannten Ertragswertverfahren als auch nach einer anderen anerkannten Methode erfolgen.

Beteiligungen an Gesellschaften (3)

R B 200 Abs. 3 ErbStR 2011

- Die Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens für die Bewertung einer Obergesellschaft bedeutet nicht, dass auch die Beteiligungen im vereinfachten Ertragswertverfahren bewertet werden müssen.
- Ob die Bewertung der Obergesellschaft im vereinfachten Ertragswertverfahren unter Berücksichtigung der Beteiligungen an Untergesellschaften zu einem offensichtlich unzutreffenden Ergebnis führt (§ 199 Absatz 1 BewG), ist im Einzelfall zu entscheiden.
- Die mit den Anteilen an einer Kapitalgesellschaft in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden werden nicht gesondert berücksichtigt, da die mit diesen im Zusammenhang stehenden Aufwendungen beim nachhaltigen Jahresertrag mindernd erfasst sind.
- Es erfolgt keine Hinzurechnung der Aufwendungen nach § 202 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 Buchstabe f BewG.
- Bei einer Beteiligung an einer Personengesellschaft sind die mit dieser in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden bereits über das Sonderbetriebsvermögen im Wert der Beteiligung enthalten (§ 97 Absatz 1a BewG), so dass insoweit keine Korrektur erfolgen muss.
- Finanzierungsaufwendungen im Zusammenhang mit diesen Schulden sind zusammen mit anderen Aufwendungen und Erträgen im Zusammenhang mit dieser Beteiligung nach § 202 Absatz 1 Satz 2 BewG zu korrigieren (> R B 202).

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

$$\begin{array}{c} \text{Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag} \\ \times \\ \text{Kapitalisierungsfaktor} \end{array}$$

■ Eigenständige Wertansätze für

- ▶ Nicht betriebsnotwendiges Vermögen (Netto)
§ 200 Abs. 2 BewG
- ▶ Beteiligungen an Gesellschaften
§ 200 Abs. 3 BewG
- ▶ „Junges Betriebsvermögen“ (Netto)
§ 200 Abs. 4 BewG

Junges Betriebsvermögen (1)

R B 200 Abs. 5 ErbStR 2011

- Innerhalb von zwei Jahren vor dem Bewertungsstichtag eingelegte Wirtschaftsgüter (sog. junges Betriebsvermögen), die nicht bereits nach § 200 Absatz 2 und 3 BewG neben dem Ertragswert mit ihrem gemeinen Wert anzusetzen sind, und mit diesen in wirtschaftlichen Zusammenhang stehende Schulden werden neben dem Ertragswert mit ihrem eigenständig zu ermittelnden gemeinen Wert angesetzt, wenn sie am Bewertungsstichtag ihrem Wert nach noch vorhanden sind und nicht wieder entnommen oder ausgeschüttet wurden (§ 200 Absatz 4 BewG).
- Ist für Grundbesitz ein Wert nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BewG festzustellen, ist der auf den Bewertungsstichtag festgestellte Wert anzusetzen.
- Die Basiswertregelung in § 151 Absatz 3 BewG ist hierbei zu beachten.
- Unmittelbar mit diesen Wirtschaftsgütern im Zusammenhang stehende Aufwendungen und Erträge sind bei der Ermittlung der jeweiligen Betriebsergebnisse nach § 202 BewG zu korrigieren (> R B 202).

Junges Betriebsvermögen (2)

R B 200 Abs. 5 ErbStR 2011

- Bei einem bloßen Aktiv- oder Aktiv-Passiv-Tausch handelt es sich nicht um einen Fall im Sinne des § 200 Absatz 4 BewG, weil dem Vorgang keine Einlage zugrunde liegt.
- Befindet sich ein eingelegtes Wirtschaftsgut im Sinne des § 200 Absatz 4 BewG am Bewertungsstichtag nicht mehr im Betriebsvermögen, sondern ein Wirtschaftsgut, das an dessen Stelle getreten ist (Surrogat), muss das Surrogat mit dem Wert am Bewertungsstichtag angesetzt werden (ggf. mit einem niedrigeren oder höheren Wert als dem Wert des Wirtschaftsguts im Zeitpunkt der Einlage).
- Wurde das eingelegte Wirtschaftsgut nach der Einlage bis zum Besteuerungszeitpunkt wieder entnommen oder hat es sich verbraucht, ist das Wirtschaftsgut nicht anzusetzen.

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

- Fall von geringer Bedeutung
Bruttoausschüttung x Faktor
R B 200 (4) ErbStR

Jahresertrag

X

Kapitalisierungsfaktor

■ Eigenständige Wertansätze für

- ▶ Nicht betriebsnotwendiges Vermögen (Netto)
§ 200 Abs. 1 BewG
- ▶ Beteiligungen an Gesellschaften
§ 200 Abs. 3 BewG
- ▶ „Junges Betriebsvermögen“ (Netto)
§ 200 Abs. 4 BewG

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

R B 201 (5) ErbStR

$$\text{Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag} \\ \times \\ \text{Kapitalisierungsfaktor}$$


Ausgangswert

= „Gewinn i.S.d. § 4 Abs. 1 S. 1 EStG“
im Ø der letzten 3 Wj vor dem Bewertungsstichtag

Ohne Ergebnisse aus Sonder-/Ergänzungsbilanzen

Ableitung aus dem in der Vergangenheit tatsächlich
durchschnittlich erzielten Ertrag (Durchschnittsertrag)

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

	Wj 2015	Wj 2016	Wj 2017
Gewinn			
+ ./- Korrekturen			
Betriebsergebnisse			
Abschlag 30 %			
Betriebsergebnisse (nach Abschlag)			
Summe der Betriebsergebnisse			
Davon 1/3 = Durchschnittsertrag = Jahresertrag			

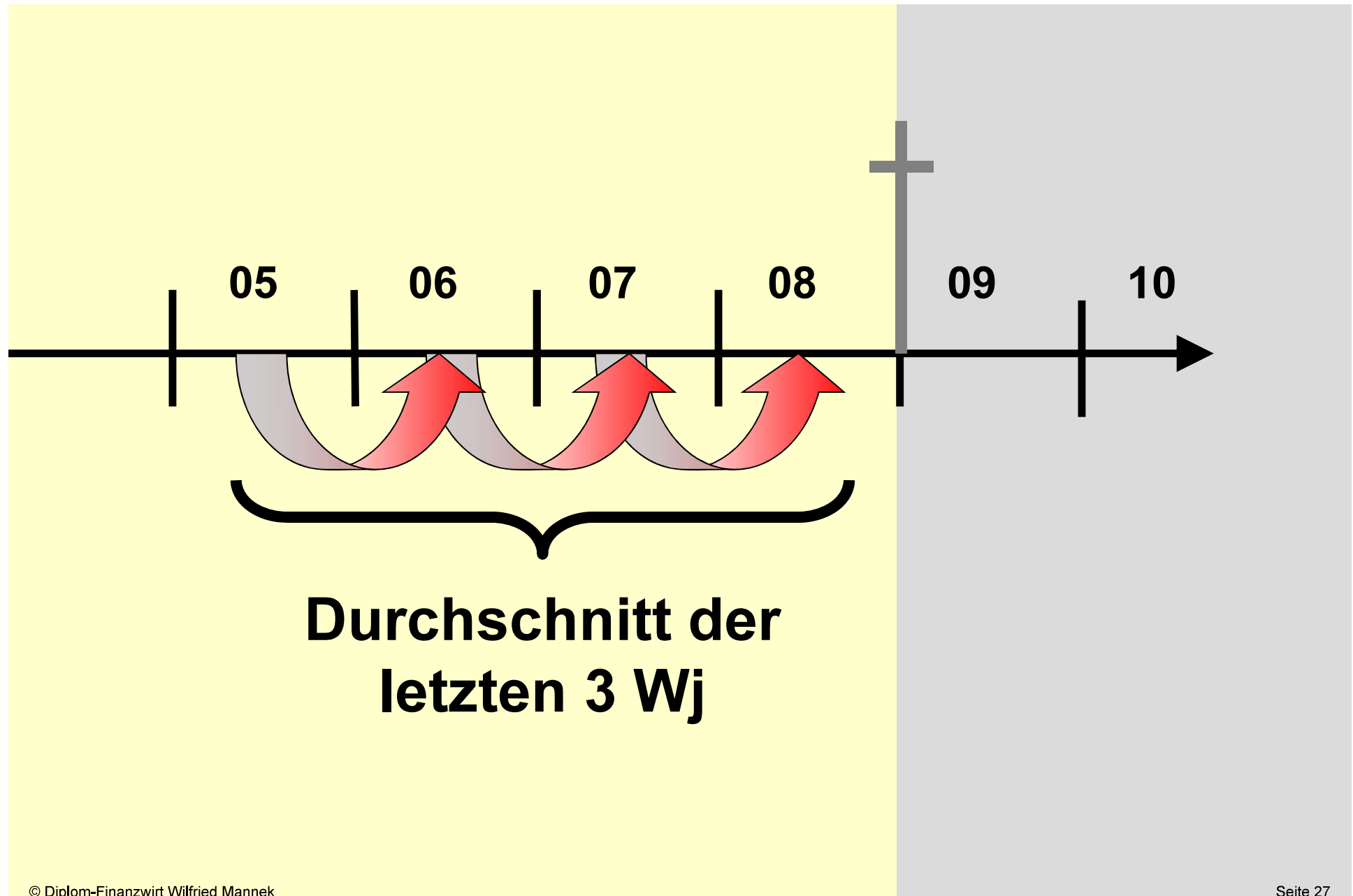
Vereinfachtes Ertragswertverfahren

Zur Abgeltung des Ertragsteueraufwands

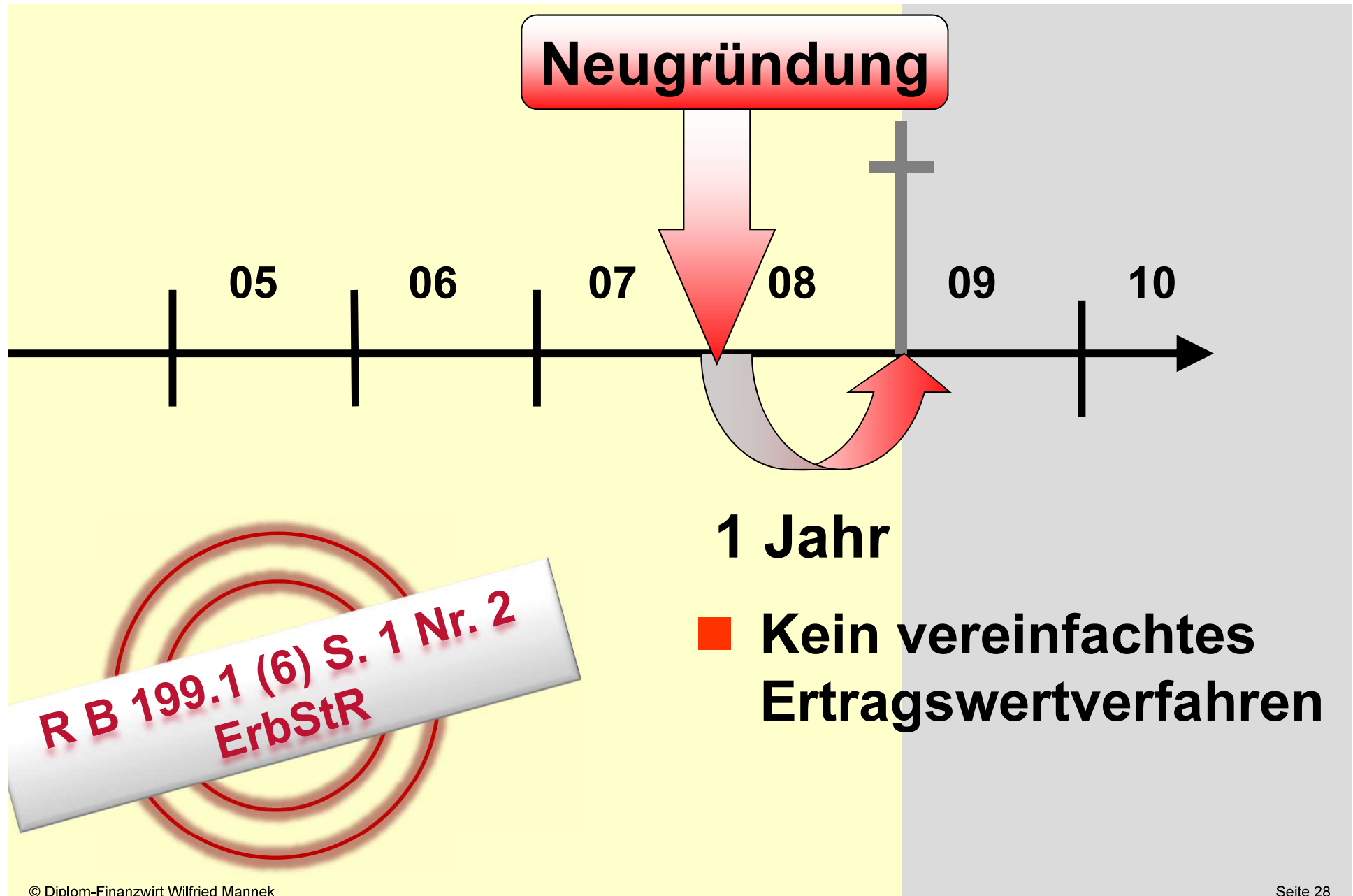
- Jedes positive Betriebsergebnis ist um 30 % zu mindern



Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag

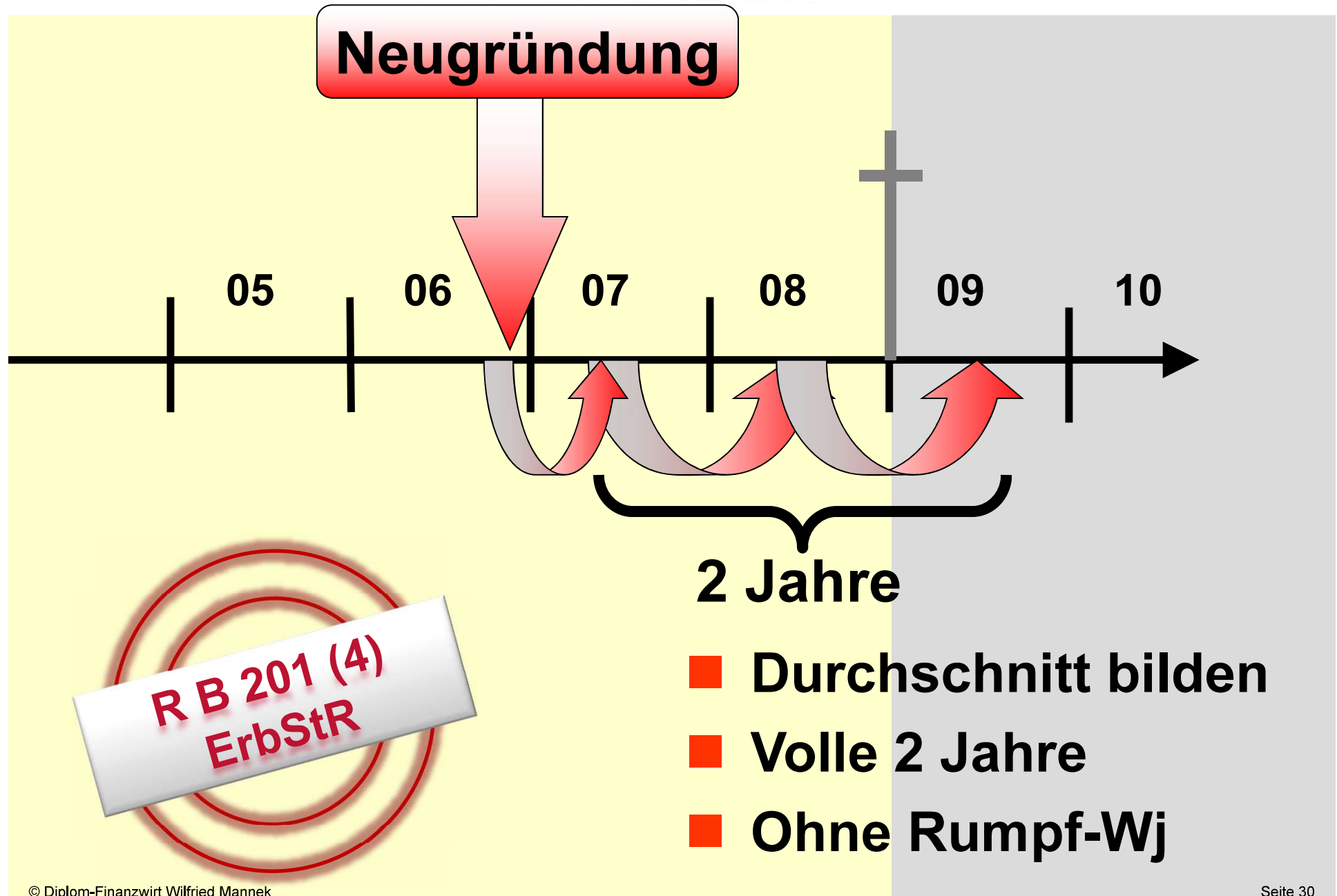


Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag





Nachhaltig erzielbarer Jahresertrag



Vereinfachtes Ertragswertverfahren

1. Hinzurechnungen

a	<ul style="list-style-type: none">■ Sonderabschreibungen■ erhöhte Absetzungen■ Bewertungsabschläge■ Zuführungen zu steuerfreien Rücklagen■ Teilwertabschreibungen
b	<ul style="list-style-type: none">■ AfA Firmenwert
c	<ul style="list-style-type: none">■ Einmalige Veräußerungsverluste■ außerordentliche Aufwendungen
d	<ul style="list-style-type: none">■ Investitionszulagen (im UB nicht enthalten)
e	<ul style="list-style-type: none">■ Ertragsteueraufwand
f	<ul style="list-style-type: none">■ Aufwendungen für nicht betriebsnotwendiges Vermögen■ Aufwendungen für Beteiligungen des nicht betriebsnotwendigen Vermögens■ Übernommene Verluste aus Beteiligungen

**R B 202 (3)
ErbStR**

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

2. Abrechnungen

a	<ul style="list-style-type: none">■ Gewinnerhöhende Auflösungsbeträge steuerfreier Rücklagen■ Teilwertzuschreibungen
b	<ul style="list-style-type: none">■ Einmalige Veräußerungsgewinne■ Außerordentliche Erträge
c	<ul style="list-style-type: none">■ Investitionszulagen (im UB enthalten ohne künftige Investitionen)
d	<ul style="list-style-type: none">■ angemessener Unternehmerlohn, soweit nicht berücksichtigt
e	<ul style="list-style-type: none">■ Erstattung von Ertragsteuern
f	<ul style="list-style-type: none">■ Erträge aus nicht betriebsnotwendigem Vermögen■ Erträge aus Beteiligungen■ Erträge aus „jungem BV“

R B 202 (3)
ErbStR

Vereinfachtes Ertragswertverfahren

■ Korrekturen bei gesellschaftsrechtlichem Bezug (§ 202 Abs. 1 Nr. 3 BewG)

- ▶ Es sind **hinzuzurechnen** sonstige wirtschaftlich nicht begründete **Vermögensminderungen** mit Einfluss auf den nachhaltigen Zukunftsertrag und gesellschaftsrechtlichem Bezug, soweit sie nicht bereits in den übrigen Korrekturen enthalten sind.
- ▶ Es sind ferner **abzuziehen**, sonstige wirtschaftlich nicht begründete **Vermögenserhöhungen** mit Einfluss auf den nachhaltigen Zukunftsertrag und gesellschaftsrechtlichem Bezug, soweit sie nicht bereits in den übrigen Korrekturen enthalten sind.



Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Kapitalisierungsfaktor

Kapitalisierungsfaktor

■ Basiszins	Ableitung aus Zinsstrukturdaten	0,99 %
■ „Risiko“-Zuschlag / Zuschlag		4,50 %
■ Summe		5,49 %

Kapitalisierungsfaktor

$$1 / 5,49 \% = 18,2149$$

Jahr	Basis-zins	Kapitalisierungsfaktor			
2007 BStBl. 2009 I S. 473	4,02 %	$\frac{1}{(4,02 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,52}$	= 11,7370
2008 BStBl. 2009 I S. 473	4,58 %	$\frac{1}{(4,58 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{9,08}$	= 11,0132
2009 BStBl. 2009 I S. 14	3,61 %	$\frac{1}{(3,61 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,11}$	= 12,3304
2010 BStBl. 2010 I S. 14	3,98 %	$\frac{1}{(3,98 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,48}$	= 11,7924
2011 BStBl. 2011 I S. 5	3,43 %	$\frac{1}{(3,43 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{7,93}$	= 12,6103
2012 BStBl. 2012 I S. 13	2,44 %	$\frac{1}{(2,44 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{6,94}$	= 14,4092
2013 BStBl. 2013 I S. 19	2,04 %	$\frac{1}{(2,04 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{6,54}$	= 15,2905
2014 BStBl. 2014 I S. 23	2,59 %	$\frac{1}{(2,59 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{7,09}$	= 14,1043
2015 BStBl. 2015 I S. 6	0,99 %	$\frac{1}{(0,99 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{5,49}$	= 18,2149
2016 BStBl. 2016 I S. 5	1,10 %	$\frac{1}{(1,1 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{5,60}$	= 17,8571

Jahr	Basis-zins	Kapitalisierungsfaktor			
2007 BStBl. 2009 I S. 473	4,02 %	$\frac{1}{(4,02 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,52}$	= 11,7370
2008 BStBl. 2009 I S. 473	4,58 %	$\frac{1}{(4,58 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{9,08}$	= 11,0132
2009 BStBl. 2009 I S. 14	3,61 %	$\frac{1}{(3,61 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,11}$	= 12,3304
2010 BStBl. 2010 I S. 14	3,98 %	$\frac{1}{(3,98 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{8,48}$	= 11,7924
2011 BStBl. 2011 I S. 5	3,43 %	$\frac{1}{(3,43 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{7,93}$	= 12,6103
2012 BStBl. 2012 I S. 13	2,44 %	$\frac{1}{(2,44 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{6,94}$	= 14,4092
2013 BStBl. 2013 I S. 19	2,04 %	$\frac{1}{(2,04 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{6,54}$	= 15,2905
2014 BStBl. 2014 I S. 23	2,59 %	$\frac{1}{(2,59 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{7,09}$	= 14,1043
2015 BStBl. 2015 I S. 6	0,99 %	$\frac{1}{(0,99 + 4,5)}$	=	$\frac{1}{5,49}$	= 18,2149
2016	Rückwirkend ab 1.1.2016				13,75

Kapitalisierungsfaktor

Kapitalisierungsfaktor ab 2016

■ § 203 BewG (Wortlaut)

- ▶ (1) Der in diesem Verfahren anzuwendende Kapitalisierungsfaktor beträgt 13,75.
- ▶ (2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates den Kapitalisierungsfaktor an die Entwicklung der Zinsstrukturdaten anzupassen.

■ Anwendung

- ▶ § 203 ist auf Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2015 anzuwenden.

Kapitalisierungsfaktor

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ Folgende Aspekte sind zu beachten

- ▶ Der Kapitalisierungsfaktor ist rückwirkend ab dem 1.1.2016 auf 13,75 reduziert worden.
- ▶ Das kann – insbesondere bei Bewertungszeitpunkten im 1. Halbjahr 2016 – zu erheblichen Nachteilen bei der Ermittlung der Verwaltungsvermögensquote führen.
- ▶ Die Nachteile sind jedoch ebenso im neuen Recht ab 1.7.2016 möglich, weil auch insoweit Verwaltungsvermögensquoten (90 %-Test, 20 %-Test) einzuhalten sind. Sofern im neuen Recht die Verwaltungsvermögensquote im 90 %-Test erreicht oder überschritten wird, führt dies zu einem völligen Ausschluss von der Begünstigung.

Kapitalisierungsfaktor

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ Rückwirkung

- ▶ Abgesenkter Kapitalisierungsfaktor im vereinfachten Ertragswertverfahren gilt bereits ab dem **01.01.2016**
- ▶ Bei Änderung der Verwaltungsvermögensquote, Wirkung zu Lasten des Stpfl. möglich
 - ▶ verfassungsrechtlich bedenklich

Kapitalisierungsfaktor

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ Beispiel

$$\frac{\text{Verwaltungsvermögen}}{\text{Gemeiner Wert BV}} = \frac{7.000.000}{17.857.100} \leq 50 \% \Rightarrow \text{Regelverschonung möglich}$$

$$\frac{\text{Verwaltungsvermögen}}{\text{Gemeiner Wert BV}} = \frac{7.000.000}{13.750.000} > 50 \% \Rightarrow \text{KEINE Regelverschonung}$$

Kapitalisierungsfaktor

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ Beispiel

Unternehmenswert ist bei einem unentgeltlichen Erwerb am 1.4.2016 mit 10.000.000 € festgestellt worden. Das dazu gehörende Verwaltungsvermögen betrug 5.000.000 €. Somit konnte der Betrieb von der Regelverschonung in Höhe von 85 % profitieren, weil die Verwaltungsvermögensquote die Grenze von 50 % nicht überschritten hat. Im Ergebnis musste ein Betrag von 1.500.000 € der Besteuerung unterworfen werden. Damit ergab sich - ohne Berücksichtigung von persönlichen Freibeträgen - bei einem angenommenen Steuersatz von 19 % eine Steuer von 285.000 €.

- ▶ Wenn nun eine Änderung des Feststellungsbescheids für den Unternehmenswert erfolgen muss, erfolgt eine Absenkung des Unternehmenswerts um rund 23 %. Das entspricht in etwa der Reduzierung des bisherigen Faktors von 17,86 auf 13,75. Damit dürfte sich ein Unternehmenswert von rund 7.700.000 € ergeben. Da für Erwerbe vor dem 1.7.2016 weiterhin die Verwaltungsvermögensquote maßgebend ist, überschreitet der Betrieb nun die Verwaltungsvermögensquote von 50 %, so dass der volle Unternehmenswert von 7.700.000 € der Erbschaftsteuer zu unterwerfen ist. Bei einem angenommenen Steuersatz von 23 % ergibt dies eine Steuer von 1.771.000 €.
- ▶ Die Steuernachzahlung beträgt also wegen der rückwirkenden Änderung des Unternehmenswerts 1.486.000 €.

Kapitalisierungsfaktor

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ **Vorläufigkeit der Wertfeststellung?**

- ▶ Im Allgemeinen sind nur die Feststellungen nach §§ 13a, 13b ErbStG vorläufig

■ **Sachliche Unbilligkeit?**

- ▶ Aus den Unterlagen des Gesetzgebungsverfahrens ergibt sich nicht, dass der Gesetzgeber eine benachteiligende Regelung angestrebt hat

Erbschaftsteuer-Reform 2016

Rückwirkende Reduzierung des Faktors

■ Vorläufigkeit der Wertfeststellung?

- ▶ Im Allgemeinen sind nur die Feststellungen nach §§ 13a, 13b ErbStG vorläufig

■ Sachliche Unbilligkeit?

- ▶ Aus den Unterlagen des Gesetzgebungsverfahrens ergibt sich nicht, dass der Gesetzgeber eine benachteiligende Regelung angestrebt hat

Gl. lt. Erlass v. 11.5.2017, BStBl I 715:
1. BMG mit 13,75
2. Quote mit 17,8571

Gleich lautende Erlasse vom 11.5.2017, BStBl I 2017, 751

Anwendung des § 203 BewG (1)

- ▶ Die Änderungen der §§ 203 und 205 BewG durch das Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016 (BGBl. I Seite 2464) sind gemäß Artikel 3 dieses Gesetzes mit Wirkung vom 1. Juli 2016 in Kraft getreten. § 203 Absatz 1 BewG mit dem für das vereinfachte Ertragswertverfahren vorgeschriebenen Kapitalisierungsfaktor von 13,75 ist nach § 205 Absatz 11 BewG rückwirkend auf Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2015 anzuwenden. Er ersetzt damit für alle Bewertungsstichtage im Jahr 2016 den bisherigen Kapitalisierungsfaktor von 17,8571, der nach § 203 BewG a. F. auf der Grundlage des Basiszinses von 1,10 (vgl. BMF-Schreiben vom 4. Januar 2016, BStBl I Seite 5) errechnet wurde.

Gleich lautende Erlasse vom 11.5.2017, BStBl I 2017, 751

Anwendung des § 203 BewG (2)

■ 1. Unmittelbare Folgen der rückwirkenden Anwendung

- ▶ Die rückwirkende Anwendung des § 203 BewG betrifft alle nicht bestandskräftigen Wertfeststellungen nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 BewG für Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2015 und vor dem 1. Juli 2016.
- ▶ In allen nicht bestandskräftig veranlagten Feststellungen, in denen das vereinfachte Ertragswertverfahren anwendbar ist, ist der gemeine Wert des Betriebsvermögens oder des Anteils am Betriebsvermögen oder von Anteilen an Kapitalgesellschaften nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 BewG unter Anwendung des Kapitalisierungsfaktors von 13,75 erstmals festzustellen oder in geänderter Höhe festzustellen. Soweit ein bestandskräftiger Feststellungsbescheid zu Ungunsten eines Beteiligten geändert wird, z. B. nach § 175 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 AO, ist § 177 Absatz 1 AO zu beachten.

Gleich lautende Erlasse vom 11.5.2017, BStBl I 2017, 751

Anwendung des § 203 BewG (3)

- **2. Mittelbare Folgen der rückwirkenden Anwendung für die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer**
 - ▶ Der Feststellungsbescheid nach § 151 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder 3 BewG für Bewertungsstichtage nach dem 31. Dezember 2015 und vor dem 1. Juli 2016 ist grundsätzlich der Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zugrunde zu legen.
 - ▶ Wenn sich der festgestellte gemeine Wert im Rahmen der Verschonung nach § 13a ErbStG a. F. bei der Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer zum Nachteil des Erwerbers auswirkt, ist jedoch im Einzelfall auf Antrag beim zuständigen Erbschaft- bzw. Schenkungsteuerfinanzamt eine abweichende Steuerfestsetzung vorzunehmen.

Gleich lautende Erlasse vom 11.5.2017, BStBl I 2017, 751

Anwendung des § 203 BewG (4)

■ 2. Mittelbare Folgen der rückwirkenden Anwendung für die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer

▶ ...

- ▶ Den Berechnungen zur Prüfung der Grenze von 50 % bzw. 10 % bei der Quote des Verwaltungsvermögens (§ 13b Absatz 2 Satz 1 ErbStG a. F.) und der Berechnung des Sockelbetrags für die Finanzmittel (§ 13b Absatz 2 Satz 2 Nummer 4a ErbStG a. F., § 13a Absatz 8 Nummer 3 ErbStG a. F.) ist der im vereinfachten Ertragswertverfahren auf der Grundlage des Kapitalisierungsfaktors von 17,8571 errechnete Wert des Werts des Betriebsvermögens oder des Anteils am Betriebsvermögen oder von Anteilen an Kapitalgesellschaften zugrunde zu legen.

Gleich lautende Erlasse vom 11.5.2017, BStBl I 2017, 751

Anwendung des § 203 BewG (5)

■ 2. Mittelbare Folgen der rückwirkenden Anwendung für die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer

▶ ...

- ▶ Dazu ermittelt das Betriebsfinanzamt nach Anforderung durch das für die Erbschaft- und Schenkungsteuer zuständige Finanzamt im Wege der Amtshilfe den Wert unter Anwendung des Kapitalisierungsfaktors von 17,8571 sowie die auf dieser Grundlage ermittelten Werte der Finanzmittel und des Verwaltungsvermögens und teilt diese Angaben dem für die Erbschaft- und Schenkungsteuer zuständigen Finanzamt mit. Sind im Rahmen des Feststellungsverfahrens Feststellungen für nachgeordnete Gesellschaften zu berücksichtigen und ergibt sich hieraus ein Nachteil für den Erwerber entsprechend Satz 2, ermittelt das für die Feststellung für die nachgeordnete Gesellschaft zuständige Betriebsfinanzamt im Weg der Amtshilfe die Werte entsprechend Satz 4 und teilt diese dem Betriebsfinanzamt der darüber liegenden Stufe mit.

Kapitalisierungsfaktor

Anmerkungen zum Faktor

■ Folgende Aspekte sind zu beachten

- ▶ Das Wertniveau der steuerlichen Bewertung hat sich seit 2009 (nur) verdoppelt.
- ▶ Es besteht **keine Pflicht** zur Anwendung des vereinfachten Ertragswertverfahrens
- ▶ **Kostenaspekt:** Vereinfachtes Ertragswertverfahren gegenüber der Erstellung eines Gutachtens
- ▶ Chance: Hoher Unternehmenswert schafft eine niedrige **Verwaltungsquote**, (Voraussetzung für die Regelverschonung [85 %] und für die Optionsverschonung [100 %])
- ▶ Das vereinfachte Ertragswertverfahren wird derzeit in rund **95 % aller Fälle** angewandt
- ▶ Zum Teil ist das vereinfachte Ertragswertverfahren in der Praxis zur Grundlage von Verkaufsverhandlungen gemacht worden

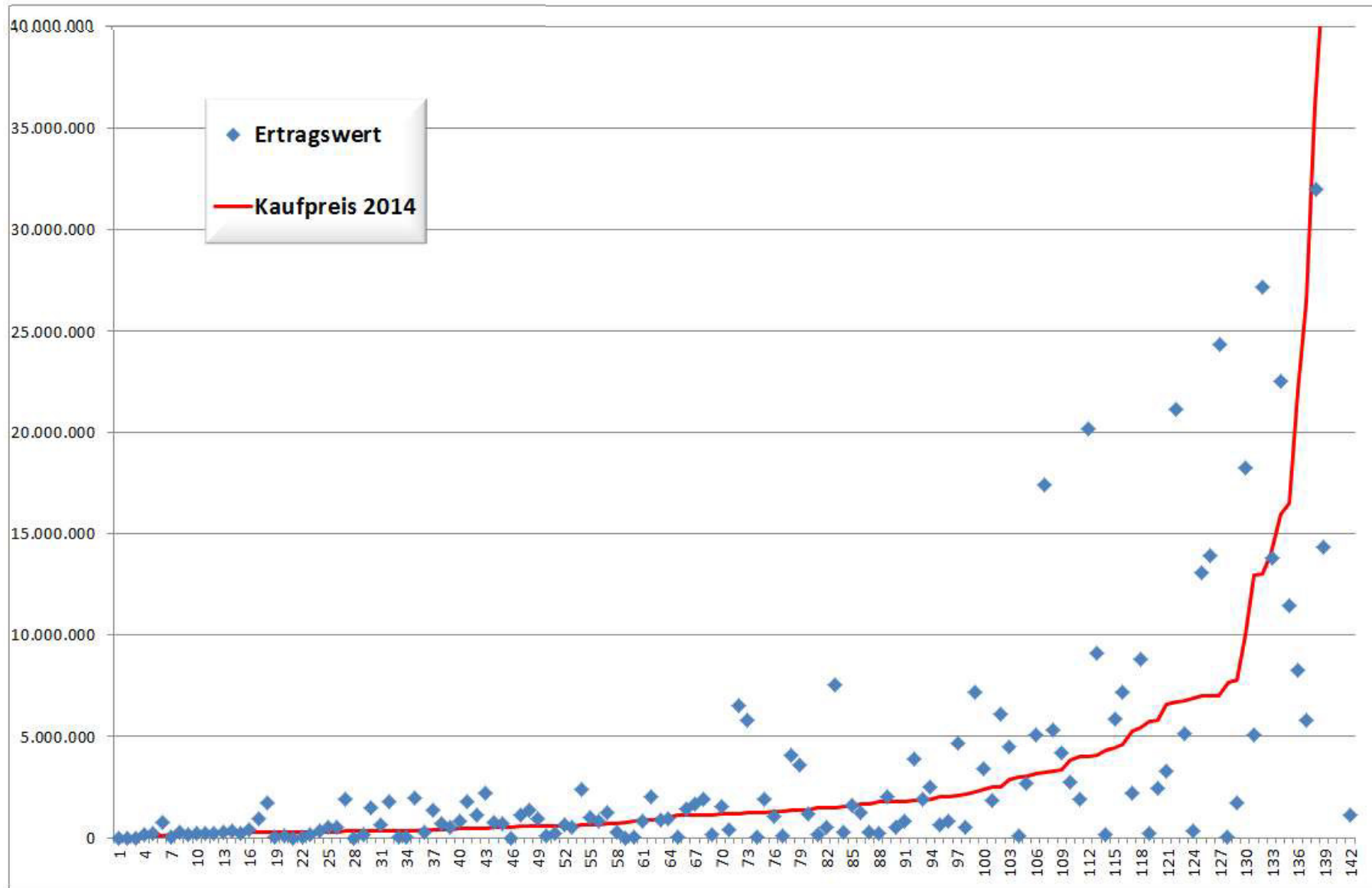
Kapitalisierungsfaktor

§ 203 Abs. 2 BewG

■ Veränderung des Wertniveaus unter Berücksichtigung des Vorweg-Abschlags

Basiszins		Basiszins	
1. Hj. 2016	1,1%	2. Hj. 2016	
Zuschlag	4,5%		
Summe	5,6%		
Faktor	17,8571	Faktor	13,7500
		Abschlag 30 %	-4,1250
	17,8571		9,6250
Wertniveau	100,0 %		53,9 %

Kapitalisierungsfaktor



Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Substanzwert

■ Wertuntergrenze

Summe der gemeinen Werte der WG

Abzgl. Schulden

Substanzwert

■ Bei feststehender Liquidation

- ▶ **Besondere Ausprägung des Substanzwerts = Liquidationswert**
- ▶ **Einschl. Liquidationskosten**

Substanzwert

– ab 1.7.2011 –

- Firmenwert ist **nicht** anzusetzen,
 - ▶ soweit sich in ihm die Ertragsaussichten als Mehrwert über den Substanzwert ausdrücken
- Firmenwert ist anzusetzen,
 - ▶ wenn einzelnen Faktoren des Geschäftswerts ein **eigenständiger Wert** zugewiesen werden kann (z.B. Kundenstamm, Know-how)
- Restwert 30 %
 - ▶ Mindestwert-Regelung für Wirtschaftsgüter des beweglichen abnutzbaren Anlagevermögens



R B 11.3 Abs. 3
ErbStR



R B 11.3 Abs. 7
ErbStR

Substanzwert

Anwendungsbereich

■ ErbStR

- ▶ Der Substanzwert ist als Mindestwert nur anzusetzen, wenn der gemeine Wert ermittelt wird
 - ▶ nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren oder
 - ▶ mit einem Gutachtenwert (Ertragswertverfahren oder andere im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nichtsteuerliche Zwecke übliche Methode).
- ▶ Wird der gemeine Wert aus tatsächlichen Verkäufen unter fremden Dritten im gewöhnlichen Geschäftsverkehr abgeleitet, ist der Ansatz des Substanzwerts als Mindestwert **ausgeschlossen**.

Substanzwert

Ansatz dem Grunde nach

■ ErbStR

- ▶ Dem **Grunde nach** sind in die Ermittlung des Substanzwerts alle Wirtschaftsgüter einzubeziehen, die nach §§ 95 bis 97 BewG zum Betriebsvermögen gehören.
- ▶ Bei Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften im Sinne der §§ 95 bis 97 BewG richtet sich der Umfang des Betriebsvermögens somit nach der Zugehörigkeit der Wirtschaftsgüter zum **ertragsteuerlichen Betriebsvermögen** am Bewertungsstichtag

Substanzwert

Ansatz dem Grunde nach

■ ErbStR

- ▶ Aktive und passive Wirtschaftsgüter gehören auch dann dem Grunde nach zum ertragsteuerlichen Betriebsvermögen, wenn für sie ein steuerliches Aktivierungs- oder Passivierungsverbot besteht.
- ▶ Eine handelsrechtlich gebotene Rückstellung (**z. B. Drohverlustrückstellung**), die steuerlich nicht passiviert werden darf (§ 5 Absatz 4a Satz 1 EStG), ist bei der Ermittlung des Substanzwerts gleichwohl anzusetzen.

Substanzwert

Ansatz dem Grunde nach

■ ErbStR

- ▶ Zum Betriebsvermögen gehören auch selbst geschaffene oder entgeltlich erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter (z. B. Patente, Lizenzen, Warenzeichen, Markenrechte, Konzessionen, Bierlieferrechte).
- ▶ Geschäftswert-, firmenwert- oder praxiswertbildende Faktoren, denen ein eigenständiger Wert zugewiesen werden kann (z. B. Kundenstamm, Know-how) sind mit einzubeziehen, unabhängig davon, ob sie selbst geschaffen oder entgeltlich erworben wurden.
6 Zum Betriebsvermögen gehörende Genossenschaftsanteile sind grundsätzlich im Rahmen der Ermittlung des Substanzwerts als Kapitalforderungen nach § 12 BewG mit dem Nennwert zu bewerten.
- ▶ Eine **zukünftige Ertragsteuerbelastung (latente Ertragsteuern)** ist **nicht wertmindernd** zu berücksichtigen.

Substanzwert

Ansatz dem Grunde nach

■ ErbStR

- ▶ Rücklagen und Ausgleichsposten mit Rücklagencharakter sind im Allgemeinen nicht abzugsfähig, weil sie Eigenkapitalcharakter haben.

Substanzwert

Ansatz der Höhe nach

■ ErbStR

- ▶ Die zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen aktiven Ansätze sowie die zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge sind bei der Ermittlung des Substanzwerts mit dem gemeinen Wert anzusetzen (§ 11 Absatz 2 Satz 3 BewG).
- ▶ Ist für Grundbesitz, Betriebsvermögen und Anteile an Kapitalgesellschaften ein Wert nach § 151 BewG festzustellen, sind die auf den Bewertungsstichtag festgestellten Werte anzusetzen.
- ▶ Die Basiswertregelung in § 151 Absatz 3 BewG ist hierbei zu beachten.

Substanzwert

Erfindungen oder Urheberrechte

■ ErbStR

- ▶ Der gemeine Wert von Erfindungen oder Urheberrechten, die in Lizenz vergeben oder in sonstiger Weise gegen Entgelt einem Dritten zur Ausnutzung überlassen sind, wird in der Weise ermittelt, dass der Anspruch auf die in wiederkehrenden Zahlungen bestehende Gegenleistung kapitalisiert wird, soweit keine anderen geeigneten Bewertungsgrundlagen vorhanden sind.
- ▶ Hierfür sind die vertraglichen Vereinbarungen mit dem Lizenznehmer maßgeblich.
- ▶ Ist keine feste Lizenzgebühr vereinbart und die Vertragsdauer unbestimmt, kann auf die letzte vor dem Besteuerungszeitpunkt gezahlte Lizenzgebühr und eine Laufzeit von **acht Jahren** abgestellt werden.

Substanzwert

Erfindungen oder Urheberrechte

■ ErbStR

- ▶ Der Kapitalisierung ist der marktübliche Zinssatz zugrunde zu legen.
- ▶ Es ist nicht zu beanstanden, wenn auf den Zinssatz abgestellt wird, den die Deutsche Bundesbank anhand der Zinsstrukturdaten aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen jeweils auf den ersten Börsentag des Jahres errechnet (Basiszins).
- ▶ Der Basiszins ist um einen Zuschlag von 4,5 Prozent zu erhöhen.
- ▶ Die Summe aus Basiszins und Zuschlag ergibt den Kapitalisierungszinssatz.
- ▶ Dieser Zinssatz ist für alle Wertermittlungen auf Bewertungstichtage in diesem Jahr anzuwenden.

Substanzwert

Erfindungen oder Urheberrechte

■ Erl. Hess. FM v. 7.2.2018 - S3101 A-002-II6a7 -

- ▶ Nach den ErbStR ist es bei der Ermittlung des gemeinen Werts von Erfindungen oder Urheberrechten nicht zu beanstanden, wenn der jeweils maßgebende Kapitalisierungszinssatz nach § 203 Abs. 1 BewG angewendet wird.
- ▶ Ab dem 1.1.2016 enthält § 203 Abs. 1 BewG n. F. keine Regelung zur Ermittlung des Kapitalisierungszinssatzes mehr, sondern einen pauschalen Kapitalisierungsfaktor von 13,75.

Substanzwert

Erfindungen oder Urheberrechte

■ Erl. Hess. FM v. 7.2.2018 - S3101 A-002-II6a7 -

- ▶ Für die Bewertung von Erfindungen oder Urheberrechten ist an einem Kapitalisierungszins entsprechend dem System des § 203 BewG a. F. festzuhalten. Für Bewertungsstichtage im Jahr 2017 ist dabei auf den Basiszins von 0,59 Prozent abzustellen, den die Deutsche Bundesbank anhand der Zinsstrukturdaten auf den 2. Januar 2017 errechnet hat. Dieser ist um einen Zuschlag von 4,5 Prozent zu erhöhen. Daraus errechnet sich für 2017 ein Kapitalisierungszinssatz von 5,09 Prozent. Dieser Kapitalisierungszinssatz gilt bei der Bewertung von Betriebsvermögen, Beteiligungen an Personengesellschaften und Anteilen an Kapitalgesellschaften mit dem Substanzwert für die Bewertung von Erfindungen oder Urheberrechten entsprechend (R B 11.3 Abs. 6 Satz 5 ErbStR 2011).
- ▶ Für Bewertungsstichtage ab 1.1.2018 kann auf den Basiszins abgestellt werden, den das Bundesministerium der Finanzen nach § 18 Abs. 4 InvStG 2018 jährlich einmal im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht.
- ▶ Dieser Erlass ergeht im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der anderen Länder.

Substanzwert

Erfindungen oder Urheberrechte

■ Kapitalisierungszinssatz 2017

Basiszins 0,59 % + Zuschlag von 4,5 %
= Kapitalisierungszinssatz 5,09 %

■ Kapitalisierungszinssatz 2018

Basiszins 0,87 % + Zuschlag von 4,5 %
= Kapitalisierungszinssatz 5,37 %

Substanzwert

Ansatz des Liquidationswerts

■ ErbStR

- ▶ Bei Einzelunternehmen, Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften, die sich in Liquidation befinden, bestehen keine Bedenken, den Liquidationswert (einschließlich der Liquidationskosten, die beispielsweise für einen Sozialplan anfallen) anzusetzen.

Erbschaftsteuer-Reform 2016

Substanzwert als Wertuntergrenze

Urteil FG Münster vom 7.4.2016

- ▶ Wertuntergrenze ist auch im Falle eines vorgelegten Gutachtens der Substanzwert nach § 11 Abs. 2 Satz 3 BewG.
- ▶ Wert nach Gutachten IDW S1 200.000 €
- ▶ Vereinfachtes Ertragswertverfahren, §§ 199 ff BewG 600.000 €
- ▶ Substanzwert 335.000 €
- ▶ FG Münster **335.000 €**
- ▶ Revision wurde nicht zugelassen.
Nichtzulassungsbeschwerde abgelehnt
(Beschluss BFH v. 22.11.2016, II B 35/16.

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Aufteilung BV einer Personengesellschaft

■ Ertragswert des **Gesamthandsvermögens** wie folgt aufzuteilen § 97 Abs. 1a BewG

▶ Kapitalkonten aus der
Gesamthandsbilanz

+

▶ Verbleibender Wert
nach Gewinnverteilungsschlüssel

+

▶ Sonderbetriebsvermögen mit dem gemeinen Wert

=

Gemeiner Wert des Anteils

Aufteilung BV einer Personengesellschaft

A-B-KG

Gemeiner Wert	10.000.000
Kapitalkonto I (A)	1.000.000
Kapitalkonto II (A)	2.000.000
Kapitalkonto I (B)	500.000
Kapitalkonto II (B)	700.000
Verteilung Gewinn/Verlust	je 50 %
SBV A, gemeiner Wert	400.000

Aufteilung des gemeinen Werts, § 97 Abs. 1a BewG

		A	B
Gemeiner Wert	10.000.000		
Kapitalkonto I (A)	- 1.000.000	1.000.000	
Kapitalkonto II (A)	- 2.000.000	2.000.000	
Kapitalkonto I (B)	- 500.000		500.000
Kapitalkonto II (B)	- 700.000		700.000
Unterschiedsbetrag	5.800.000		
Gewinn/Verlust, je 50 %	5.800.000	2.900.000	2.900.000
SBV A		400.000	
Gemeiner Wert der Beteiligung		6.300.000	

Wertanteil bei Kapitalgesellschaften

■ Beispiel

- ▶ Der gemeine Wert einer GmbH beträgt 1.000.000 €
- ▶ Vater überträgt seinem Sohn 10 % Anteile an einer GmbH.
- ▶ Die Anteile sind mit einem Gewinnbezugsrecht von 90 % ausgestattet.

Anteilswert ist der Teil des gemeinen Werts der Kapitalgesellschaft, der dem **Verhältnis** des Anteils am **Nennkapital** entspricht (§ 97 Abs. 1b BewG).

- ▶ Der Anteilswert ist festzustellen mit 100.000 €

Das **überproportionale Gewinnbezugsrecht** bleibt somit **völlig unberücksichtigt**. Dieses Ergebnis sollte bereits mit dem JStG 2013 beseitigt werden. Die Bemühungen des Gesetzgebers blieben bislang erfolglos.

Wertanteil bei Kapitalgesellschaften

- (1b) Der gemeine Wert eines Anteils an einer in § 97 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Kapitalgesellschaft bestimmt sich „regelmäßig“ nach dem Verhältnis des Anteils am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) der Gesellschaft zum gemeinen Wert des Betriebsvermögens der Kapitalgesellschaft im Bewertungsstichtag. Dies gilt auch, wenn das Nennkapital noch nicht vollständig eingezahlt ist. Richtet sich die Beteiligung am Vermögen und am Gewinn der Gesellschaft auf Grund einer ausdrücklichen Vereinbarung der Gesellschafter nach der jeweiligen Höhe des eingezahlten Nennkapitals, bezieht sich der gemeine Wert nur auf das tatsächlich eingezahlte Nennkapital.

BR-Drs. 302/1/12
JStG 2013

Wertanteil bei Kapitalgesellschaften

- **(1b)** Der gemeine Wert eines Anteils an einer in § 87 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Kapitalgesellschaft bestimmt sich nach dem Verhältnis des Anteils am Nennkapital (Grundkapital oder Stammkapital) der Gesellschaft zum gemeinen Wert des Betriebsvermögens der Kapitalgesellschaft im Bewertungsstichtag. Dies gilt auch, wenn das Nennkapital noch nicht vollständig eingezahlt ist. Richtet sich die Beteiligung am Vermögen und am Gewinn der Gesellschaft auf Grund einer ausdrücklichen Vereinbarung der Gesellschafter nach der jeweiligen Höhe des eingezahlten Nennkapitals, bezieht sich der gemeine Wert nur auf das tatsächlich eingezahlte Nennkapital.
Abweichend von Satz 1 sind bei der Wertermittlung des Anteils vorbehaltlich des § 9 Absatz 2 und 3 Regelungen zu berücksichtigen, die sich auf den Wert des Anteils auswirken, wie insbesondere eine vom Verhältnis des Anteils am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) abweichende Gewinnverteilung.

**Gl. lt. Erlasse
vom 3.3.2016 mit
Berechnungs-
beispielen**

StÄndG 2015

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

BV in Sonderfällen (1)

Regelungs- umfang

- Bewertung von Anteilen an Kapitalgesellschaften
- Bewertung von Beteiligungen an Personengesellschaften

Gl. lt. Erl. v.
5.6.2014, BStBl. I S. 882

Aussagen

- Sonderbewertungen kommen nicht in Betracht ...
- Wertfeststellung von negativen Werten

Gemeinnützige Kapitalgesellschaft (1)

Bewertung von Anteilen an einer gemeinnützigen Kapitalgesellschaft

- Keine pauschalen Abschläge
- Mittelverwendung mindert den Jahresertrag
- Problem:
Ansatz des Substanzwerts

**Gl. lt. Erl. v.
9.10.2013,
BStBl I 2013, 1362**

Auflösend bedingte Last abzugsfähig

- Bei Verstoß gegen die gemeinnützigkeitsrechtlichen Bindungen tritt die Bedingung ein
- Folge: Berichtigung des Steuerbescheids (ohne Abzug der Last)

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Abgrenzung zu individuellen Ertragswertverfahren

Kontroverse Diskussion

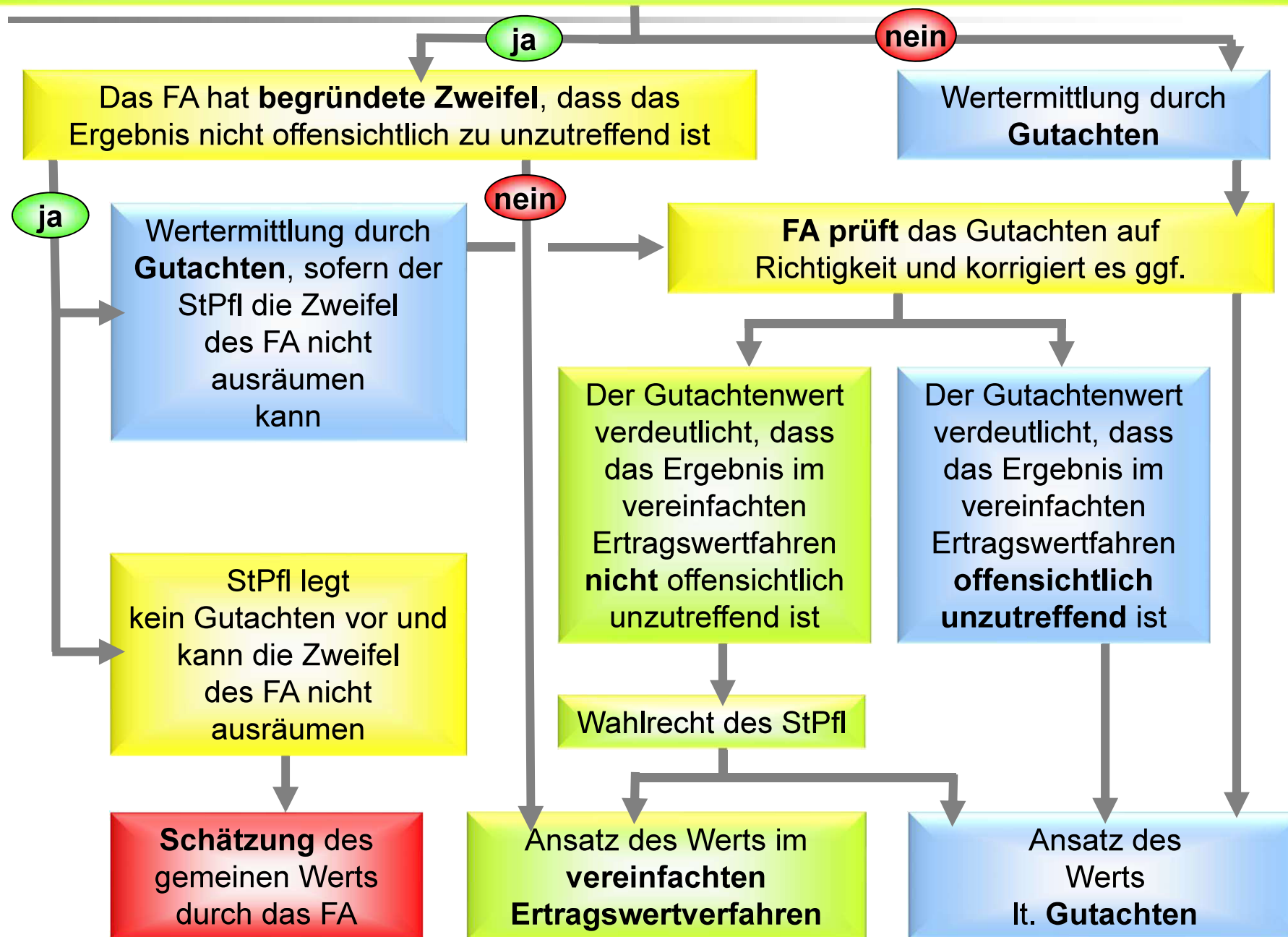
■ Aktuelle Auffassung

- ▶ Der Steuerzahler kann ein Wahlrecht zugunsten der steuerlichen Unternehmensbewertung nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren (§§ 199 ff BewG) ausüben

■ Vorrang des vereinfachten Verfahrens

- ▶ Für Stichtage vor dem 1.7.2011 sind grundsätzlich die gleich lautenden Erlasse vom 25.6.2009 maßgebend, die von einem Vorrang des vereinfachten Ertragswertverfahrens ausgehen

Der StPfl wählt die Wertermittlung nach dem vereinfachten Ertragswertverfahren



Feststellungslast – seit 1.7.2011 –

Beispiele für „begründete Zweifel“

- ▶ Komplexe Strukturen
- ▶ Neu gegründete Unternehmen
- ▶ Branchenwechsel eines Unternehmens
- ▶ Andere Fälle, in denen der künftige Jahresertrag nicht aus den Vergangenheitserträgen abgeleitet werden kann
 - ◆ Wachstumsunternehmen, branchenbezogene oder allgemeine Krisensituationen oder absehbare Änderungen des künftigen wirtschaftlichen Umfeldes
- ▶ Grenzüberschreitende Sachverhalte

Feststellungslast – seit 1.7.2011 –

„Chancen und Risiken“

■ **Auffassung zur Feststellungslast**

- ▶ Das Finanzamt könnte den StPfl in ein Gutachten „treiben“
- ▶ Die Erstellung eines Gutachtens kann außerordentlich kostspielig sein
- ▶ Der StPfl kann nicht gezwungen werden, die Ergebnisse des vereinfachten Ertragswertverfahrens zu akzeptieren
- ▶ Chance des StPfl, einen hohen Wert für eine niedrige Verwaltungsquote zu nutzen
(Voraussetzung für die Regelverschonung [85 %]
oder für die Optionsverschonung [100 %])

Offensichtlich unzutreffende Ergebnisse

Unbestimmter Begriff

- Die Finanzverwaltung gibt lediglich einige Anhaltspunkte, aus denen sich offensichtlich unzutreffende Ergebnisse ableiten lassen
 - ▶ Kaufpreise nach dem Bewertungsstichtag
 - ▶ Kaufpreise außerhalb der 1-Jahresfrist
 - ▶ Erbauseinandersetzungen

**R B 199.1 Abs. 5
ErbStR**

Gliederung

Einführung - Rechtsgrundlagen

Jahresertrag

Kapitalisierungsfaktor

Substanzwert

Bewertung von Anteilen an Gesellschaften

Sonderfälle

Feststellungslast und Abgrenzungsschema

Ausblick

Ausblick

Anwendung in der Praxis

- Verfahren der Praxis
 - ▶ Seit 2009 überwiegend angewandtes Bewertungsverfahren für Zwecke der Erbschafts-/Schenkungsteuer (rd. 95 %)
- Vorweg-Abschlag, § 13a Abs. 9 ErbStG nF
 - ▶ Der neue eingeführte Abschlag von bis zu 30 % soll in Fällen von Satzungsbeschränkungen die Nichtberücksichtigung von Verfügungsbeschränkungen auf der Bewertungsebene kompensieren.
 - ▶ Die Hürden des Satzungstests sind aus der Sicht der Praxis relativ hoch.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

